

Die Stunde der Wirtschaft.

Von unserem wirtschaftlichen Mitarbeiter.
Die Denkschrift der deutschen Industrie über eine Garantie der produktiven Stände zugunsten des Ansehensdienstes für Reparationszwecke ist ja nunmehr im Wortlaut bekannt und dem öffentlichen Urteil preisgegeben. Sie verdient nicht nur als politische Maßnahme, sondern als gewichtiger Schritt im Rahmen des deutschen Wiederaufbaues gewertet zu werden, denn sie stellt praktisch nichts anderes dar, als einen Versuch der Wirtschaft, sich endlich von der Politik freizumachen und an die Stelle politischer Hemmungen und zerstörender Einwirkungen, die Anerkennung wirtschaftlicher Gesetze und Bedürfnisse zu bringen.

Die Vertreter der deutschen Wirtschaft haben mit dieser Denkschrift den notwendigen Ausgleich zwischen den beiden herrschenden Anschauungen gefunden, der des Auslandes, das die deutsche Wirtschaft blühe und großen Ertrag bringe, und der des Inlandes, insbesondere der Politiker, daß Deutschland dem Ruin nahe sei. Dieser Ausgleich kristallisiert sich zu der Erkenntnis, daß die Grundlagen der deutschen Wirtschaft gesund und auch heute noch hohen Ertrag versprechen, weiter bestehen, daß aber unter der Einwirkung fortschreitender politischer Eingriffe und einseitig interessierter Beeinflussung und Beschränkung von außen ihre Arbeit und Produktionsbedingungen unerkennbar geworden sind und an diesen Grundlinien nagen statt sie auszuweiten zu lassen. Das führt denn eben auf der anderen Seite zu der Erkenntnis, daß die Wiedereinschaltung privater wirtschaftlicher Initiative und wirtschaftlicher Energie, der Abbau des Staatsgedankens und des mit der Staatsbürgerpflicht ohne weiteres verbundenen Lebenshaltungsanspruchs zugunsten des Leistungsprinzips, daß weiter die Wiedereinschaltung der Sparbarkeit und die rückstufende Ausschaltung jeglicher wirtschaftlich nicht unbedingt notwendigen Verwendung von Arbeitskraft, Material und Kapital, diese Wirtschaft wider rentabel gestalten müssen und bei Erhaltung des Vermögensstandes und Vortreibung des erforderlichen Unterhalts der Mitglieder immer noch die Möglichkeit umfangreicher Abgaben besteht.

Das Ausmaß dieser möglichen Abgaben kann heute nur geschätzt werden, denn allzu viele Faktoren, so die Mitbewerter unseres Volkswirtschaftens durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse, sowie der zur Sanierung der Wirtschaft notwendige Aufwand, können heute nur erraten und errechnet, aber nicht mit Sicherheit beurteilt werden. Es ist immerhin Grund zur Zuversicht und zu nationalem Stolz, daß gerade die urteilsfähigsten und zugleich durch die Erfahrungen der letzten Jahre sicher in ihrer Berechnung vorichtigsten Kreise der deutschen Wirtschaft immer noch mit Jahresüberschüssen von 600 bis 1000 Millionen Goldmark in absehbarer Zeit rechnen zu können, nachdem schon so viel verloren ist. Aber es muß unbedingt zu allererst darauf verwiesen werden, daß diese Schätzung, daß die ganze Bürgerschaft gebunden ist an Garantien, die eine völlige Umkehr unserer gesamten inneren Politik, insbesondere der Wirtschaft- oder Sozial- und Finanzpolitik bedeuten. Einen Verzicht auf die Fehler und Mängel, die man fälschlich als die Erzeugnisse der Revolution vielfach glaubt bezeichnen zu sollen. Es ist sicher, daß dieser Verzicht nicht ohne Kämpfe zu haben sein wird und es tut not, auf die Gefahr, wenig vaterländischer Motive beizugehen zu werden, zu fordern, daß hier kein faules Kompromiß zustande kommt. Es ist sicher, daß die Politik die Abgabe eines beträchtlichen Teiles ihrer Rechte und das Zugeständnis ihrer Unfähigkeit und ihrer Fehler auf wirtschaftlichem Gebiete soweit als möglich vermeiden und einschränken wird. Es ist ebenso klar, daß sie hierin in den natürlichen Privatinteressen der Vielzahligen, für die der Abbau der bisherigen Richtung den Verzicht auf die Futtertrappe oder auf weitgehenden Einfluß bedeutet, einen Widerstand finden wird und daß die Opposition gegen eine neue Politik besonders genährt werden wird aus den Hunderttausenden und Millionen, für die die Umstellung unseres Wirtschaftsgebahrens und die Wiedereinführung wirtschaftlicher Grundgesetze zunächst Arbeitslosigkeit oder sonstigen schweren Verlust bedeutet.

Das lenkt den Blick auf diese Opfer, die natürlich zunächst die Erfüllung der Bedingungen für das Angebot der Wirtschaft allen in Deutschland bringen wird. Wenn aber sich eine eisernen Hand findet — und diese eisernen Hand kann nur aus der Wirtschaft kommen —, die jetzt rückwärtslos eine rein wirtschaftliche Linie der deutschen Politik befolgt und mit den der Wirtschaft gegebenen und die der Politik weit übersteigenden Mitteln das Beharren auf dieser Linie erzwingt, werden diese Opfer das Grundkapital der wiedererhaltenden deutschen Wirtschaft sein. Es sieht heute so aus, als wenn die deutsche Industrie, so oft in ihren Laten beklammert für die ganze Weltwirtschaft, wieder einmal den Weg gemieden hätte, und aus ihrem Vorschlag die Lösung des Reparationsproblems und des deutschen Problems und damit auch neues Heil für die Weltwirtschaft erblickt. Die drei Hemmungen, die dem Plane drohen, sind: der Widerstand der Herrschenden oder berufsmäßigen Politik, der Widerstand eigenmächtiger oder anders eingestellter Volksgenossen und die Sabotage durch allzu profitstüchtige Mitglieder der produktiven Stände selbst. Die Waffe gegen alle drei bietet nur die Einheitsfront und Festigkeit der schaffenden Stände. Bisher war es stets ein Traum, an diese zu glauben. Die Zukunft hängt davon ab, ob dieser Traum jetzt Erfüllung wird.

Der Wortlaut des Industrie-Angebotes

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie veröffentlicht jetzt den Wortlaut des Schreibens, das es am 25. Mai an den Reichsminister gerichtet hat. Aus dem Wortlaut des Schreibens, dessen Grundzüge wir bereits mitteilten, sei nach das Folgende wiedergegeben:

Nach dem Vertrage von Versailles hatten für die Reparationen ausschließlich Vermögen und Einnahmequellen des Reiches und der Länder. Eine Verhaftung des Privatvermögens hat gemäß völkerrechtlichen Grundsätzen nicht stattgefunden. Der Zugriff des Staates auf seine Bürger, insbesondere die Wirtschaft, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit; die unmittelbare Haftbarmachung gegenüber dem Auslande ist ausgeschlossen. Die industrielle Wirtschaft bekennt sich jedoch zu der für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staat verkörperte Vaterland bis an die Grenze der Träuflichkeit

einzutreten. Das Ziel aller Bemühungen ist die Wiedergewinnung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Deshalb kann eine Verellschaft zur Wiedernahme von großen Sonderlasten auch durch die Industrie nur ausgesprochen werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen sowohl nach außen wie auch innerhalb Deutschlands eine wirkliche Lösung erfährt.

Eine erfolgsversprechende Haftbarmachung der staatlichen Pfandobjekte kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatrechtlichen Grundsätzen regeneriert und dauernd betrieben werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich

etwa 600 Millionen Goldmark,

bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszuwirtschaften. Die Garantie der Wirtschaft für die Erfüllung ihrer Zusatzgarantie kann — trotz größter Bedenken — nur in einer Verpfändung ihrer Sachwerte liegen. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft unter Anspannung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten unter Erfüllung einer Reihe von Voraussetzungen jährlich eine

Zusatzgarantie von 500 Millionen Goldmark

auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen sollte. Der Kapitalwert einer derartigen Jahresleistung übersteigt die Hälfte des gegenwärtigen Verkaufswertes des gesamten privaten immobilien Bestandes, welcher als Pfand dienen muß. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiesumme zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kräfteverhältnis der Wirtschaftsgruppen zu übernehmen.

Der Beteiligungsmaßstab der verschiedenen Wirtschaftsgruppen muß sich in Zeitabschnitten von mehreren Jahren je nach Verschiebung der wirtschaftlichen Lage ändern. Insbesondere wird es erforderlich sein, den städtischen Hausbesitz zunächst durch Abbau der Zwangsmieten wieder tragfähig zu machen, ehe er entsprechend herangezogen wird.

Als Pfand für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen kann unseres Erachtens nur der Besitz an unbeweglichem Vermögen dienen. Die Verhaftung wäre durch dingliche Eintragung auf den Grundbuch der einzelnen Sachvermögen in Form des deutschen Rechtes auszusprechen.

Die deutsche Wirtschaft kann ferner bei der bestehenden inneren Wirtschaftslage keinerlei Verpflichtungen übernehmen, wenn nicht folgende

unerlässlichen Voraussetzungen

in bezug auf innere Wirtschaftsreformen erfüllt werden, welche auch die deutsche Regierung in ihrer am 14. November 1922 an die Reparationskommission gerichteten Note im wesentlichen als notwendig bezeichnet hat:

1. Grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung, unbeschadet schärfster Bekämpfung wirklichen Wuchers, mit der Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich des Abbaus der Außenhandelskontrolle, Aufhebung aller Demobilisationsvorschriften und Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsamt bei Wirtschaftsstreitigkeiten von allgemeiner Bedeutung.

2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Privatkapital, mit der entsprechenden Umgestaltung der heute vielfach willkürlichen Steuererhebung (z. B. Gewerbesteuer).

3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Steigerung der Produktion, also Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung. Dies setzt voraus: bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages Erhöhung der Tariffreiheit im Sinne der Vorkarben des Reichswirtschaftsrates, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes; ferner Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen.

Offenes Bekenntnis von Regierung und Volk zu derartigen Grundsätzen sowie sofortige Verwirklichung derselben durch alle beteiligten Faktoren ist unerlässlich. Im anderen Falle werden alle Opfer des Volkes fruchtlos sein. Die Mitverantwortung für einen derartigen Fehlschlag zu übernehmen, ist die Wirtschaft nicht in der Lage. *gez. George. Böhmer. Ernst v. Borst. Carl Bosh. Dubsberg. Frank. Hans Jordan. Peter Klöcker. Hans Kromer. Sammers. Vitzthum. Reich. Riepert. Silberberg. Frh. Thyssen. Carl Friedrich v. Siemens. Hugo Stinnes. Bögl.*

Belgiens Reparationsplan.

Sechzig Jahre Ausbeutung der deutschen Wirtschaft.

Der Matin veröffentlicht die belgischen Wiederaufbaupläne. Die Zahlungsmittel sollten in Deutschland selbst gefunden werden, ohne daß man internationale Anleihen aufnehmen brauchte. Die Belgier glauben, Deutschland könnte jährlich wenigstens 2 Milliarden 400 Millionen Goldmark aufbringen. Bisher hätte Deutschland so gut wie kein Monopol. Das Alkoholmonopol besteuere zwar, aber die alkoholischen Getränke wären höchstens mit einem Viertel der Steuern belastet, die in Frankreich bezahlt werden müßten. Der Zucker wäre in Deutschland nur mit 0,8 Prozent besteuert, der französische dagegen mit 18 Prozent und der englische mit 13 Prozent. Dasselbe gelte vom Tabak. Von den Eisenbahnen habe die deutsche Industrie selbst erklärt, daß diese bei Umwandlung in einen Privatbetrieb jährlich eine Milliarde Goldmark ergeben könnten.

Die Monopole

würden internationalen Gesellschaften übergeben werden, an denen die Alliierten einen beträchtlichen Anteil hätten. Die Erzeuger alkoholischer Getränke, die Zuckerfabrikanten, die Tabakhändler und die alliierten Eisenbahnreale würden Kontraktteilnehmer. Die

Belgier glaubten, die Monopole und die Eisenbahnen hätten 60 Jahre hindurch je eine Milliarde 900 Millionen Goldmark für Wiederherstellungen abwerfen. Dazu kämen 500 Millionen für die Kohlen, im ganzen also

2 Milliarden 400 Millionen jährlich.

d. h. also die 6 Prozent Zinsen von den 40 Milliarden. Außerdem ist eine 20prozentige Teilnahme an den deutschen Industrieunternehmen vorgesehen. Das finanzielle Ergebnis hiervon ließe sich im Augenblick noch nicht feststellen. Die Anleihen würden erst später begeben werden. Eine Bedingung für alle diese Pläne wäre aber die Gesundung der deutschen Finanzen. Die Belgier erklärten, die Mark könnte stabilisiert werden, wie es zwei Monate lang geschehen sei.

Die Währungsfrage

habe die Reichsbank keineswegs ruiniert, sondern im Gegenteil ihre Reserven um 50 Millionen Goldmark vermehrt. Der ungeheure Banknotenumlauf in Deutschland verändere nicht die Gesundung der deutschen Finanzen. Auch das deutsche Budget könne in Ordnung gebracht werden. Der Reichstag könnte die notwendigen Gesetze schaffen, auch ein Gesetz, wie es der Wiener Reichsrat beschloß, daß nämlich eine Aufhebung der gefaßten Beschlüsse verboten würde.

Das Ruhrgebiet

müßte dem Reich Einnahmequellen schaffen. Die Besetzung würde sich auf eine Kontrolle der Lieferungen beschränken. Allerdings bliebe die Drohung bestehen, daß im Fall einer Verletzung Deutschlands wiederum zur Besetzung geschritten würde. Das Ruhrgebiet stelle zwar einen wirtschaftlichen Druck dar; aber die Belgier glaubten nicht, daß man sich aus dem Ruhrgebiet bezahlt machen könne.

Leichte Entspannung im Ruhrgebiet.

Die Kontrollausgänge, die in den letzten Tagen allenthalben in den Geschäften die Preise herabsetzten und dabei Verkaufspreise anordneten, die 3000 bis 4000 Mark unter dem Einkaufspreis der Großisten liegen, haben eingesehen, daß dies höchst verfehlt war. Von allen Seiten kamen Käufer, die zu den billigen Preisen kauften, während der notleidenden Bevölkerung die Ware nicht zugute kommt. Infolgedessen beginnen die Kontrollausgänge jetzt wieder damit die Preise bedeutend zu erhöhen.

Mit dem Bekanntwerden des Lohnabkommens für die Bergleute hat sich die Streiklage wieder etwas gebessert. In vielen Bezirken sind große Teile der Belegschaft auf den Beinen wieder erschienen.

Oberregierungsrat Lutterbeck verhaftet.

Düsseldorf, 29. Mai.

Oberregierungsrat Lutterbeck, der ständige Vertreter des Regierungspräsidenten, ist am Sonntag abend von den Franzosen verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte nach Informationen des Berichterstatters der Vossischen Zeitung im Auftrage der Belgier, die behaupten, daß Oberregierungsrat Lutterbeck sich der „Beleidigung“ eines Mitgliedes der belgischen Besatzungsarmee schuldig gemacht habe. Diese „Beleidigung“ soll in einem Brief stehen, der Mitte April abgegangen ist.

Zusammenstöße auch in Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. Mai.

Die Erwerbslosen und Kommunisten hielten vormittags eine Versammlung auf dem Hindenburgwall ab, die von den Franzosen erlaubt war. Gegen Mittag kam es in Oberbilk zu Zusammenstößen zwischen Streikenden bzw. Erwerbslosen und der Polizei. Die Streikenden versuchten, die Arbeiter aus der Maschinenfabrik herauszuholen. Die Polizei schützte die Arbeitswilligen und ging mit der Waffe gegen die Demonstranten vor, dabei wurde einer von diesen durch Kopfschuß getötet. Der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen und die Ruhe wiederherzustellen. Der Nachmittag verlief ohne Störungen. Es steht noch nicht fest, ob, wie gemeldet, auswärtige Kommunisten nach Düsseldorf gekommen sind. Die Polizei hat Anweisungen erhalten gegen jedes Auftreten von Hundertschaften in geschlossenen Zügen und Demonstranten vorzugehen.

Deutscher Protest gegen den Mord an Schlageter.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

„Die französische Regierung hat den Kaufmann Schlageter, gegen den ein französisches Kriegsgericht in Düsseldorf auf Todesstrafe erkannt hatte, am 26. Mai erschossen lassen. Der Tatbestand, der dem Urteil zugrunde liegt, ist der deutschen Regierung nur aus Presse-meldungen bekannt und kann von ihr nicht nachgeprüft werden. Gleichwohl, wie es sich damit verhalten mag, muß festgestellt werden, daß das Verfahren gegen Schlageter ebenso wenig wie das Verfahren französischer Kriegsgerichte gegen andere Deutsche nicht den Ansprüchen erheben kann, als Rechtsverfahren angesehen zu werden. Französische Kriegsgerichte

haben kein Recht,

auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden.

Die deutsche Regierung hatte gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch

aus Gründen der Menschlichkeit

und um eine weitere Verschärfung der Lage zu vermeiden, bewegen lassen würde, von der Vollstreckung des Urteils Abstand zu nehmen. In diesem Sinne sind sofort nach dem Bekanntwerden des Urteils bringende Vorstellungen bei ihr erhoben worden. Die französische Regierung hat ihnen kein Gehör gegeben, sich vielmehr entschlossen, den kriegsgerichtlichen Zwang gegen die Bevölkerung bis zum äußersten zu treiben und mit der Erschießung Schlageters einen Schritt zu tun, der nicht wieder gut gemacht werden kann. Die deutsche Regierung protestiert förmlich gegen diesen Mißbrauch der Gewalt, für den die französische Regierung die Verantwortung trägt.